

Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurssettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 10,- M., durch eigene Boten tägl. zweifach ins Haus; durch die Post 9,- M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3.- M. u. 40% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,50 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 23/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech.-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 296

Wiener und die Jungen.

Von
Georg Bernhardt.

In den politischen Parteien Deutschlands gärt und brodeln es. Dem aufmerksamen Betrachter wird immer mehr das Provisorische der heutigen Parteibildung offenbar. Aber noch vermag keiner zu sagen, nach welcher Richtung die zukünftige Entwicklung gehen wird. Nach der Revolution hatten sich außer den beiden Flügeln der Sozialdemokratie alle Parteien neu aufgetan. Sogar das Zentrum hatte das alte Firmenschild übermalen lassen. Freilich mit einer Kriegserfarbte, die bald wieder unter dünner Decke den Ferg des alten Ausganges deutlich sichtbar werden ließ. Die andern Parteien hatten meistens außer der Firma auch noch die Teilhaber geändert. Einzelne von ganz rechts waren entweder schmollend beiseite getreten oder wurden in ein zunächst sehr stilles Gesellschaftsverhältnis gedrängt. Andere traten aus der einen Firma aus und in eine andere über. Wieder andere ließen sich als Neulinge nach Jahren der Enthaltensamkeit in ein politisches Sozietätsverhältnis ein. Obwohl auf diese Weise die Deutschnationalen nicht mehr bloß die alten Konservativen, die Deutsche Volkspartei nicht mehr bloß die alten Nationalliberalen waren, und die Demokraten sich wirklich nicht mehr allein aus den alten Fortschrittler rekrutierten, so wurden doch die Hauptachsenlinien aus den alten Parteigruppierungen von den jungen Parteien übernommen und auch ein Teil der Requisitionen für die Agitationsvorstellungen wurde — ein bißchen frisch aufgelockert — aus dem alten Parteilundus weiter benutzt.

Aber aus den neuen Programmen schon sehr schwer erkennbar, was eigentlich die Führer wollten, so waren noch bunter die Motive, aus denen heraus die einzelnen Anhänger zu den Parteien kamen. Für die Deutschnationalen stimmten die einen, weil sie nach dem vermeintlichen Uebergangsstadium der Revolution die alte Kaiserherrlichkeit zurückzubekommen hofften, die andern, weil sie zwar grundsätzlich die Herrschaft der neuen Ideen für unabänderlich hielten, aber in der neuen Parteibildung eine Nachahmung des englischen Konservatismus sahen, der skeptisch prüfend und wägend sich gegen die Durchsetzung von Unreife und Ueberkitem wehrt. Die Wähler der Deutschen Volkspartei stießen zu ihr vielfach nur wegen der allzu klar hervortretenden antikemistischn Tendenz auf der deutschnationalen Seite, manche hielt das nationalliberale Beharrungsvermögen, die meisten sahen in ihrer Partei den Wall gegen Sozialismus und Internationalismus, mit dem allzu sehr zu isolieren und zu parkieren die Demokraten ihnen dringend verdächtig schienen. Die Deutsche demokratische Partei endlich bot ein Bild der allerschärfsten Gegenläge. Sie vereinte ehemalige Nationalliberale, die jede sozialistische Idee perhorreszierten, mit Männern der Naumannschen Richtung, die im Sozialismus den Keim zu wichtigsten Fortschritten der Zukunft sahen; alte Fortschrittler, die in den Berliner Bezirksvereinen noch kurz vor der Revolution sich gegen das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden gewehrt hatten, waren mit der demokratischen Vereinigung von ehemals zusammengespannt; Professoren und Kriegsgerichtsrate, die noch kurz zuvor nationalistische Reden gehalten und in militärischen Organisations an führender Stelle gestanden hatten, wollten jetzt Schulter an Schulter mit Helmuth v. Gerlach arbeiten, der im Krieg unerschrocken in der pazifistischen Propaganda tätig gewesen war und von allen bürgerlichen Politikern neben Schüding wohl die stärkste internationale Einstellung zeigte.

Es war von vornherein klar, daß solche Parteigruppierungen nicht für die Ewigkeit bestimmt sein konnten. Und schon während des Wahlkampfes für die Nationalversammlung ließ es allgemein, daß die eigentliche Neuordnung der Parteien erst innerhalb des neuen Parlaments selbst vor sich gehen werde. Jedoch nichts davon geschah. Selbst die schwierigsten parlamentarischen Situationen, die sich aus dem Kampf um den Friedensvertrag, aus den verschiedenen Verfassungsfragen und sogar aus dem Streit um die Reichsfarben ergab, trieben die Fraktionen nicht auseinander. Obwohl in vielen Fällen die Stimmen sich zersplitterten und hinter den Fraktionsführern erbitterte Kämpfe wogten, kam doch immer noch wieder eine Einigung zustande.

Zur inneren Gefundung der Parteien hat diese äußere Eintigkeit und Unveränderlichkeit aber keineswegs beigetragen. Denn noch wie vor — oder wenn man will, in noch viel höherem Maße als früher — sind die politischen Parteien Deutschlands künstliche Gebilde, die, so wie sie sind, auf die Dauer nicht bestehen können. Alle Parteien — selbst das auf die Arbeiterorganisation gestützte Zentrum — ermangeln jeden dauerbaren Ankergrundes in den Tiefen der Wählermassen. Für das deutsche Parteiwesen sind zwei Entwicklungsmöglichkeiten gegeben: Entweder werden nach amerikanischem Muster die Parteien — die als Erinnerung an ihre Entstehung die alten Namen und vielleicht auch gewisse Grundprinzipien beibehalten, — zu politischen Windfängern, die die ganze Schlagkraft ihrer Agitation auf einzelne jeweils gerade aktuell werdende Probleme richten oder es muß eine vollkommene Neuordnung der Parteien mit ganz veränderten grundsätzlichen Weltanschauungsprogrammen eintreten. Im

Lloyd George über Deutschland.

Die Wiedergutmachungs-Forderung.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 2. Mai. (B. L. B.)

Nach den englischen Blättern ist aus der Rede Lloyd Georges über San Remo seine Mitteilung nachzutragen, daß Millierands und seiner Mitarbeiter Erklärung, die große Mehrheit des französischen Volkes lehne, genau wie das englische Volk, eine Politik der Annexion ab, in das der deutschen Regierung überhandte Dokument eingefügt worden. Ueber die Zustimmung in Spa sagte Lloyd George: „Bisher sind die Erörterungen über die Ausführung des Friedensvertrages durch Notenwechsel und von einer großen Anzahl von Kommissionen und Kommissionsaren geführt worden, die — gleich den Jungfrauen im Geheimnis — teils klug, teils töricht sind, da sie nicht immer die Sicherheit dafür bieten, daß die Verhandlungen in Uebereinstimmung mit der vom Obersten Rat beschlossenen Politik geführt werden. Deshalb haben wir es für notwendig gehalten, daß die leitenden Staatsmänner der Alliierten und Deutschlands sich persönlich treffen, um die Lage klarzustellen.“

Im Zuge in Deutschland wiederholte er, nach Berichten englischer Offiziere herrsche in Deutschland Hungernot; in manchen Landesteilen erhalte die Bevölkerung nur ein Drittel bis die Hälfte der zur Erhaltung des Lebens notwendigen Kalorien. Die Bevölkerung lebe ausschließlich von Pflanzenkost, noch dazu von solcher ohne Nährwert. Hier liege die Hauptchwierigkeit der deutschen Regierung. Ueber den Rap-Putsch sagte er: „Englische Offiziere haben mir auch den Einmarsch der Truppen in Berlin geschildert. Es waren nur etwa 8-4000 Mann. Sie erwarteten, daß man ihnen als Befreier ausjubeln werde. Nach ganz kurzer Zeit

sind diese bedauernswerten Menschen, die einen großen militärischen Staatsstreik auszuführen hofften, inne geworden, daß Deutschland nichts mehr mit dem Militarismus zu tun haben wolle und daß die gesamte Bevölkerung nicht nur die Arbeiter, sondern auch der Mittelstand und viele Angehörige des alten Adels, gegen sie seien.“ Die Wiedergutmachung, meinte Lloyd George, werde möglich, sobald Deutschland nicht mehr hungere. Es habe eine Bevölkerung von 60 bis 70 Millionen intelligenter und sehr geschickter Menschen, darunter gelübte Handwerker und Leute, die alle Künste der Wertverzeugung beherrschten. Deutschland werde sich erholen. Jetzt wolle man von Deutschland wissen, wie es seine Verpflichtungen erfüllen wolle.

„Wir hatten“, sagte er, „am 28. Juni 1919 vorgeschlagen, Deutschland solle den Schaden selbst abschätzen und den Betrag der Wiedergutmachung vorschlagen. Unsere Beschwerde ist, daß Deutschland keinen Schritt dazu getan hat. Es hat auch trotz unseres Vorschlages niemanden nach den vertriebenen Gebieten geschickt, um den Schaden selbst zu berechnen. Ich möchte recht klar zum Ausdruck bringen, daß die deutschen Delegierten mit einem bestimmten Vorschlag nach Spa kommen müssen. Wenn sie kommen als Leute, die auf der Grundlage des Friedensvertrages geschäftlich verhandeln wollen, so dürfen sie sicher sein, daß alle ihre Vorschläge eine ehrliche, unparteiliche und gerechte Erwägung finden werden.“

Auch Asquith gab im Unterhaus der Hoffnung Ausdruck, daß die Deutschen in Spa einen durchführbaren Vorschlag machen werden, den die Alliierten „prüfen, kritisieren, abändern und schließlich annehmen könnten“.

Augenblick ist es eher wahrscheinlich, daß die Entwicklung die zweite Richtung einschlagen will. Denn der Deutsche hat die Tradition, sich ein für allemal mit Haut und Haaren in eine parteimäßig zugeschnittene Weltanschauungsdablonen einspannen zu lassen, noch nicht abgetrennt. Welche Kreise des deutschen Volkes merken bereits instinktiv, daß für ihre veränderte politische Seelenverfassung die augenblicklichen Parteiprogramme nicht mehr recht passen. Daher das Schwanken und Suchen, das Nippen und Naschen bei den Nachbarparteien. Vielleicht wird sich das gerade im diesmaligen Wahlergebnis sehr stark ausdrücken. Alle Parteien sind schon übereifrig bereit, politische Stühlerhallen einzurichten, in denen jeder Wähler, dem die eigene Parteiluppe nicht mehr mundet, eine Kostprobe vom Neuen und noch Ungewohnten nehmen kann. Davon wird sicher viel Gebrauch gemacht werden, so lange wie es zu einer festen Neuorientierung der Parteien noch nicht gekommen ist. Aber glähe „Stippelstein“ — wie der Berliner zu jagen pflegt — bedeuten noch keine dauernden Niederlassungen.

Von diesem Standpunkt aus muß man auch den Austritt der 28 Mann starken „liberalen Gruppe“ aus der demokratischen Partei betrachten. Es handelt sich dabei fast durchweg um Männer einer ganz bestimmten Geistesrichtung. Wiener, Mugdan und Michélet sind Typen jener alten Fortschrittler des alten Regimes, die sich unaussprechlich radikal gebärdeten, wenn es hieß, Bürgerrechte zu fordern und zu verteidigen, aber andererseits als Glanzwächter bereit waren, ihre Kommunalbürger mit den dicksten Mauern der schlechtesten Wahlrechte zu umgeben, um sie gegen den Ansturm der Arbeitermassen zu schützen. Wirtschaftlich schworen sie auf Manchester und sozial waren sie für maßvolles Gewähren. Ihr politisches Ziel ist durch die Revolution überrannt. Die von ihnen erstrebte politische Gleichheit des Bürgertums ist gesichert. Aber jetzt graust es ihnen davor, daß auch den anderen allen das gleiche Maß von Freiheit besichert sein soll. Die Demokratie scheint ihnen nur mit Einschränkungen gensehbar. Sie verabscheuen den Terror von rechts und links. Aber als sicheres Gegenmittel erscheint ihnen nicht die Ausbreitung der Mitverantwortung für die Demokratie auf alle Klassen, sie sehnen sich nach dem Zustande verfassungsmäßiger Privilegierung zurück, in dem sie selbst das Privileg besitzen. Sie haben es eigentlich nie bekämpft, um es zu beseitigen, sondern um es zu erobern.

Insofern sind sie vielleicht in der Deutschen Volkspartei vor die richtige Schmiehe gekommen. Aber ihr wirkliches Motiv für das Ausschneiden aus der demokratischen Partei war doch ein anderes: Eine der Hauptforderungen, die die demokratischen Deklaranten an die neue Partei stellten, war der Schuß der freien Wirtschaft. Wiener und Genossen sind eben im tiefsten Herzen und vor allem Feind

jeder gebundenen Wirtschaft, hinter der sie „Sozialismus“ wittern. In dem seelischen Abscheu gegen alles Sozialistische sind sie stets getreue Jünger Eugen Richters geblieben. Nun hat ihnen aber gerade in diesem Punkt die Deutsche Volkspartei besonders vorsichtig geantwortet. Stresemann hat sich in seinem Willkommensgruß nicht etwa auf freie Wirtschaft verpflichtet, sondern nur die Notwendigkeit der „freien Initiative“ gepriesen. Zwei Dinge, die durchaus nicht untrennbar miteinander verbunden sind. Denn gerade jene Form der gebundenen Wirtschaft, die als Synthese zwischen Kapitalismus und Sozialismus die deutsche Zukunft erobern und beleben wird, kann der freien Initiative nicht entraten; sie kann weder auf Beamtenherrschaft noch auf Gleichmacherei aufgebaut sein. Und gerade für die richtige Erkenntnis der wirtschaftlichen Zukunftsnotwendigkeiten haben einzelne prominente Mitglieder der Deutschen Volkspartei — man denke nur an den Dortmunder Generaldirektor Böglner, der der Räteverfassung näher steht als dem überkommenen Parlamentarismus (genau wie der neu übernommene Landrat v. Kardorff) — eine viel bessere Witterung, als ein nicht unerheblicher Teil der demokratischen Führer. Und deshalb dürfen sich in dieser Beziehung Wiener und seine Freunde sehr bald bitter enttäuscht sehen.

Sie haben sich da anscheinend durch die radikalen Worte einzelner Demokraten verführen lassen, eine politische Heimstätte zu verlassen, die leider für Männer vom Typus Wiemers noch immer viel zu wohllich eingerichtet gewesen ist. Denn die Demokratische Partei, in der Goethe bis jetzt eine führende Rolle gespielt hat, hat in ihrer Gesamtheit nicht etwa irgend welche sozialistische Experimente gefördert. Ihre oft enge Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei erklärte sich gerade dadurch, daß die Sozialdemokratie unsozialistisch geworden war. Die gefährliche Verballhornung des Räteystems im Betriebsrätegesetz, die Sozialdemokraten und Demokraten gemeinsam schufen, war ja gerade aus der Angst der Sozialdemokratie vor wirklichem geistigen Sozialismus geboren. Und dieselbe Gemeinjamkeit in der Angst vor jeder Art von Gemeinwirtschaft bekundeten Demokraten und Sozialdemokraten auch in der wirtschaftspolitischen Praxis, wo sie bisher noch stets die volkswirtschaftlichen Interessen der Nation in der Produktion mit den Interessen des Handels identifizierten, in einer Zeit, wo viel weniger Güter hergestellt als gebraucht werden, und wo daher der Handel wieder in seine bescheidene Stellung als Diener der Produktion zurücktreten muß. Das, was Wiener und seine Freunde für Sozialismus halten, ist lediglich Produktionspolitik, die ihre bisherigen Parteifreunde nie getrieben haben.

Aber vielleicht nimmt die Demokratische Partei die Witterung dieses Fluges jetzt zum Anlaß, sich einmal darauf zu besinnen, was eigentlich ihre Aufgabe sein müßte.